Butzin, B., Franz, M. , Kogelheide, C.:

„Konzepte der Nachhaltigkeit für die Flächen-Umnutzung in alten Industrie-Regionen“

(Verkürzte und überarbeitete Vortragsfassung: Zukunftskonferenz Urban 2003 – Urbane Räume von morgen. Bochum, 24.-28.09.2003)

Zusammenfassung

Konzepte der nachhaltigen Stadtentwicklung haben Konjunktur: „Doppelte Innenentwicklung“, „Kompakte Stadt“, „Zwischenstadt“ sind einige Beispiele. Unbeeindruckt von diesem akademischen Mainstream spielt sich die Praxis des Stadtumbaus in alten Industrie-Regionen aber vorwiegend als Brachflächen-Recycling ab, d.h. in einer eigenen Handlungsarena von Projekt-Entwicklern, Investoren sowie kommunalpolitischen Interessen und Handlungszwängen.

Im Kontext alter Industrie-Regionen bedarf die Nachhaltigkeitsdebatte vor diesem Hintergrund - so die These des Beitrags - einer akteurszentrierten Weiterentwicklung und Konkretisierung: neben den geläufigen Dimensionen der Nachhaltigkeit, d.h. der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension - deren Konfliktpotential nur im stadtregionalen sowie längerfristigen Rahmen zu bewältigen sein wird - muss die institutionelle Dimension der Nachhaltigkeit stärkere Beachtung finden. Ich kommt eine zentrale Moderations- und Lenkungsfunktion in zeitlicher (über die Projektlaufzeit hinaus), räumlicher (über den Aktionsraum des Projektes hinaus) und organisatorischer (über die Interessen einzelner Akteure hinaus) Hinsicht zu.

Aktuelle Konzepte der Stadtentwicklung

Konzepte der sogenannten nachhaltigen Stadtentwicklung haben Konjunktur: „Doppelte Innenentwicklung“, „Kompakte Stadt“ und „Zwischenstadt“ sind Beispiele dafür.

Das Konzept der „**Doppelten Innenentwicklung**“ setzt am Zustand und Bestand existierender Städte vornehmlich altindustrialisierter Regionen an und will durch Umnutzung der Industrieflächen sowohl ökologische Qualität in die Städte zurückholen als auch den (suburbanen) Flächenverbrauch reduzieren. Die Philosophie der IBA Emscher Park hat hier angesetzt.

Das Modell der „**Kompakten Stadt**“ setzt dagegen am anderen Ende der Zeitskala an, in der Zukunft. Es entwirft die Vision einer in ihren Grundfunktionen wieder gemischten Stadt: Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung, Verkehr, Freizeit und Gemeinschaftsleben wären so nicht mehr auf die zunehmende Zwangsmobilität eines funktional separierten Stadtmodells im Sinne der Charta von Athen von 1933 angewiesen. Was damals Sinn machte unter Bedingungen einer extrem ressourcenintensiven und umweltschädlichen Montanindustrie, ist heute angesichts der neuen Basistechnologie der Informations- und Kommunikations-Industrie zumindest in den hochentwickelten Industrieländern obsolet geworden.

Das Leitbild der „**Zwischenstadt**“ positioniert sich zwischen der Kompakten Stadt und dem ländlichem Raum. Sie will das rationale System „der Produktion, der soziokulturellen Versorgung und des Verbrauchs“ kombinieren mit der kulturellen, ortsbezogenen Lebenswelt, die als „Lebensraum der unmittelbaren Begegnung, der sinnlichen Realitätserfahrung und der unmittelbaren Aneignung“ begriffen wird (Sieverts 1998: 23).

Es gilt, sich vom Bild der Alten Stadt zu lösen, denn es verstellt den Blick auf die Realität. Der öffentliche Raum hat an Bedeutung verloren; der Stadtteil als eigentlicher Ort städtischen Lebens erodiert und mit ihm die Urbanität (Häußermann / Siebel 1987: 244).

Daher spielt die lebensräumliche **Kommunikations-Qualität** in der neuen Urbanität eine wesentliche Rolle. Es bedarf aber nun nicht nur bestimmter raum-zeitlicher Rahmenbedingungen wie einladende Räume, Zeit und Muße, um ein Leben in derartigen urbanen Qualitäten führen zu können (Sieverts 1998). Es bedarf vielmehr auch der Chance, der Einladung zur aktiven bürgerschaftlichen Mitverantwortung und Teilhabe. Ohne ein aktivierendes, d.h. partizipatives Planungsverständnis bliebe Stadtentwicklung - im Erfolgsfall - eine Veranstaltung von Eliten für Eliten. Sollen aber nachhaltige Verhaltensänderungen bewirkt werden, kommt der Kommunikation und der Kooperation unter den Beteiligten eine wichtige Rolle zu (vgl. Selle 1996: 70, 74).

Realitäten der Stadtentwicklung im Ruhrgebiet

Unbeeindruckt von diesem akademischen Mainstream spielt sich die Praxis des Stadtumbaus in alten Industrie-Regionen wie dem Ruhrgebiet aber vorwiegend in einer eigenen Handlungsarena von Projekt-Entwicklern, Investoren sowie kommunalpolitischen Interessen und Handlungszwängen ab. Leitbilder oder Visionen fehlen meist. So hat der Neo-Inkrementalismus in diesen „Städten ohne Perspektive“ (im finanzpolitischen, städtebaulichen und entwicklungsplanerischen Sinn) leichtes Spiel: Lediglich von Einzelinteressen der Kommunen oder Investoren geleitet, präsentiert sich die Praxis der altindustriellen Flächenumnutzung als strategieloser Flickenteppich einstiger Brachflächen. Die riesigen innenstadtnahen Areale der ehemaligen Stahlwerke (z.B. Essen West, Bochum West, Oberhausen, Dortmund: Phoenix) bieten zwar eine Jahrhundertchance der Stadterneuerung – diese droht aber im unabgestimmten Spiel der Investoren und Developer (oft *Global- ,* mindestens aber *Non-Local-Player*) vertan zu werden.

Der Mainstream der Stadtentwicklungs-Projekte - von Strategien kann hier kaum die Rede sein - schwappt als Serie von kurzlebigen Modewellen mit allerdings sehr langlebigen Wirkungszyklen über das Ruhrgebiet: Gewerbeparks, Einzelhandels-Großzentren auf der grünen Wiese, Citypassagen, Technologie-, dann Transfer-, dann Gründerzentren; multifunktionale Bahnhofsüberbauungen (Dortmund, Duisburg), Logistik-Zentren (Duisburg, Herne, Dortmund), kulturwirtschaftliche Tempel (Musicals: Bochum, Essen, einst auch Duisburg und Oberhausen); Mehrzweckhallen für Großveranstaltungen, Konzerthäuser, Skizentren - und kein Ende in Sicht. Gemeinsam ist dieser „Catch-All-Strategie“ nur das immer neue „Prinzip Hoffnung“ auf Wachstum (z.B. an Kaufkraft, Attraktivität, Image, Schaffung von Arbeitsplätzen, zunehmende Steuereinkünfte, ...).

Auf diese, an Kirchturm, Konkurrenz durch „Mehr vom Gleichen“ und „Ad hoc“- Problemlösungen orientierter Stadtentwicklung treffen demographisch und finanzpolitisch veränderte Rahmenbedingungen.

1. Das Ruhrgebiet wird nach offiziellen Prognosen zwischen 2000 und 2015 ca. 380.000 Einwohner verlieren. Wegen Überalterung und sinkender Geburtenraten droht danach eine Bevölkerungsimplosion (Klemmer 2001).

2. Die unterschiedlichen Wanderungsziele von Deutschen und Ausländern sowie die räumliche Konzentration von Problemgruppen können zu stadtteilbezogenen Erosionsprozessen führen. Bereits gegenwärtig werden im Ruhrgebiet über hundert sozial gefährdete Stadtquartiere gezählt.

3. Der Rückgang der Finanzzuweisungen im Rahmen der Finanzierungsausgleichs, der sich an Einwohnerzahlen orientiert, wird die kommunale Finanzsituation weiter verschärfen: Bis 2015 prognostiziert das Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) dem Ruhrgebiet einen Rückgang des regionalen Einkommenssteueraufkommens von 3,8% (NRW: +1,8%). Im kommunalen Finanzausgleich kostet der Einwohnerrückgang die Ruhrgebietsgemeinden jährlich etwa 138 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen (Loeffelholz / Rappen 2002: IV).

4. Die Senkung des verfügbaren Einkommens um 6 bis 7 Mrd. Euro in den nächsten 15 Jahren dürfte gravierende Auswirkungen auf die haushaltsorientierten Dienstleistungen mit sich bringen.

5. Im Zuge der EU-Erweiterung dürften im Ruhrgebiet die EU-Fördermittel des Ziel-2-Programms[1] auslaufen oder geschmälert werden. Damit könnten ab 2007 Zuweisungen in Höhe von mehreren Mrd. Euro entfallen.

Zwischenfazit

Das bislang homogene Bild der Stadtentwicklung ist in zwei Teile zerbrochen: Wachstum und Schrumpfung, Verlierer und Gewinner (vgl. auch Häußermann / Siebel 1987: 242). Im Folgenden wird nun die These vertreten, dass diese „doppelte Wirklichkeit“ der „vielfach geteilten Stadt“ (Krätke 1995: 159–191) ein genaues Spiegelbild zweier Planungs-Paradigmen ist, die in der bisherigen und aktuellen Stadtplanung sehr ungleich vertreten sind. Sie lassen sich deutlich machen in der Struktur und Funktion ihrer Ziele und Maßnahmen:

- die geschlossene, objektorientierte Planung „im engen Sinne“: Ihr geht es um das einzelne Objekt, z.B. die umgenutzte Brachfläche, eine Objektsanierung, die investorengerechte Leistungsfähigkeit der Nachnutzung und nicht zuletzt um einen auftragsgemäßen Abschluss im Rahmen vorgegebener Geld-, Zeit- und Personalressourcen;

- die offene, menschenorientierte und emanzipatorische Planung fragt danach, wessen Werte und Wünsche zählen (Chambers 1996) und welchen Stellenwert die teilweise konfligierenden Interessen der Akteure einnehmen sollen. Sie anerkennt, dass auch Experten in ihrer Gestaltungskompetenz der Zukunft dem Diktum der „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas 1985), der „Zukunftsblindheit“ unterlegen, also auf Lernen und Partizipation weiterer Akteure angewiesen sind.

[1] Zur Verwirklichung ihrer regionalpolitischen Zielsetzungen bedient sich die EU der so genannten Strukturfonds (EFRE, ESF, EAGFL) als Finanzierungsinstrument. Die konkreten Ziele werden in der Strukturfonds-Rahmenverordnung definiert. Für Regionalentwicklung und Regionalförderung im Ruhrgebiet ist das „Ziel 2 - Programm“ dieser Verordnung zur "Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen" von finanziell entscheidender Bedeutung.

Kuby (1994) ordnet den beiden Planungs-Paradigmen „Planen im engen Sinn“ und „Lernen“ die folgenden Merkmale zu:

	Planen i.e.S.	**Lernen**
Antizipation	Basiert auf bestimmten Annahmen über den konkreten Zustand der zukünftigen Handlungsbedingungen	Geht davon aus. dass die zukünftigen Handlungsbedingungen nur sehr bedingt und allgemein antizipierbar sind; setzt in erster Linie auf deren Wandel
Spezifizierung der Zielsetzung	Strebt eine möglichst präzise Beschreibung von Ziel, Ergebnissen und Aktivitäten an	Begnügt sich mit einer strategischen Zielsetzung, am besten unterstützt durch eine gemeinsame Vision des zu erreichenden Zustands
Arbeitsaufwand	Investiert erhebliche Arbeit in die geistige Vorwegnahme des Handelns	Beschränkt Planung auf das notwendige Minimum, fängt mit einer nur strategischen Zielsetzung unmittelbar an zu handeln
Phasen	Unterscheidet Vorlauf und Durchführung eines Vorhabens, glaubt, dass der Vorlauf die Handlungsbedingungen sichern kann und dass das "Eigentliche' erst in der Durchführung passiert	Weiß, dass der Vorlauf nie aufhört und das 'eigentlich Eigentliche" bereits ist
Aufmerksamkeit	Überwacht in erster Linie die Durchführung des Plans und hat dabei ein Interesse, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie antizipiert wurde	Schärft die Antennen für alle Arten von feedback-Signalen aus der Umgebung eines Vorhabens; hat primäres Interesse, die Umgebungsrealität und ihren Wandel zu erkennen
Reaktionsvermögen auf geänderte Umfeldbedinungen	Langsam und bürokratisch, stellt eine "Störung" dar	Schnell und unkompliziert, ist die normale Vorgehensweise
Partizipation	nur im vorgeschriebenen gesetzlichen Rahmen; gilt als störend, zeit- und kostenintensiv	Betroffene/ Interessensträger sind unverzichtbare Akteure, erhöhen Nutzwert, Verantwortung und zivilgesellschaftliches Engagement

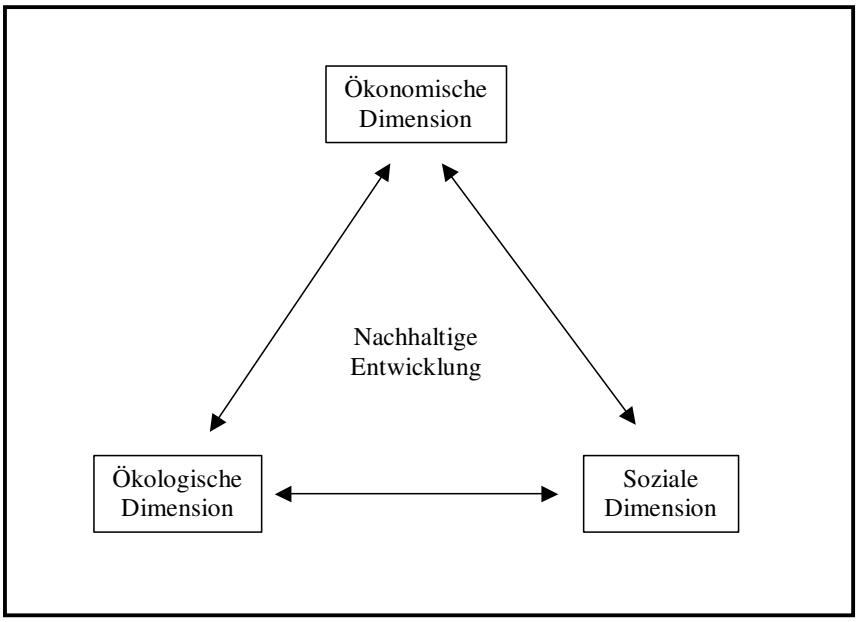
(Quelle: Kuby 1994, gekürzt und verändert)

Welches dieser Paradigmen ist nun eher für eine nachhaltige Planung und Stadtentwicklung geeignet? Zur Beantwortung dieser Frage wird nachfolgend ein erweiterter Vorschlag zum Nachhaltigkeitsverständnis zur Diskussion gestellt sowie daraus hervorgehende Implikationen für die Planung im Kontext der Wiedernutzung von Industriebrachen.

Konzepte der Nachhaltigkeit für die Flächen-Umnutzung

Das Konzept der Nachhaltigkeit wird häufig als Dreieck dargestellt, das die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander verknüpft (vgl. Abb. 1). Vorstellungen über die Anliegen der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales sind umfangreich beschrieben worden (ein Beispiel für viele: Adam 1998). Die Ansprüche dieser drei Dimensionen lassen sich in aller Regel nicht ohne bestimmte Rahmenbedingungen gleichberechtigt und konfliktfrei realisieren. Es besteht die Gefahr, dass die Dimensionen hierarchisiert werden. Beispiele aus dem Flächenrecycling im Ruhrgebiet (wie der In-Door-Skianlage in Bottrop oder dem CentrO in Oberhausen) zeigen, dass in den meisten Fällen die ökonomische Dimension dominiert. Die entsprechenden Entscheidungen werden nur in geringstem Maße von den betroffenen Anwohnern beeinflusst, auch nur bedingt (Ausnahme z.B. CentrO) von lokalen Politikern. Maßgeblich gesteuert werden sie vielmehr von nicht demokratisch legitimierten, häufig nicht der Region verbundenen Akteuren, etwa Investoren. Regionale Belange, gar Abstimmungsprozesse und die Verantwortung für zukünftige Handlungsfreiräume spielen keine (systematische) Rolle.

Abb. 1: Konventionelles Nachhaltigkeitskonzept: Drei Dimensionen



Nachhaltige Planung muss aber mehr als diese drei Dimensionen umfassen: „*Nachhaltige Planung ist vielmehr ein zukunftsbezogener gesellschaftlicher Lern-, Such- und Gestaltungsprozess, der durch weitgehendes Unwissen, Unsicherheit und vielfältige Konflikte gekennzeichnet ist*“ (BBR 2000: 5). Nachhaltige Planung erlaubt demnach nur einen begrenzten Konkretisierungsgrad und steht damit im Kontrast zur klassischen Planung, die im Vorhinein eine möglichst präzise Fixierung von Zielen, Ergebnissen und Aktivitäten erfordert. Um diesen Prozess erfolgreich zu durchlaufen, ist die Beteiligung von Akteuren erforderlich, die am jeweiligen Planungsschritt konstruktiv mitwirken wollen.

Um eine nachhaltige Planung und Entwicklung zu ermöglichen, sind neue Steuerungsformen erforderlich. Sie haben nicht allein die ausgewogene und gleichberechtigte Berücksichtigung der genannten drei Dimensionen zu verantworten, sondern die Beteiligung von Akteuren bzw. Interessenten sowie den zugehörigen „gesellschaftlichen Lern-, Such- und Gestaltungsprozess“ zu organisieren bzw. die Lösung von Konflikten zu regeln (vierte Dimension).

Der Steuerung fällt zudem die Aufgabe zu, auf die Zukunftsfähigkeit (d.h. den Anspruch auf die Erhaltung der Handlungsspielräume künftiger Generationen: fünfte Dimension) zu verpflichten sowie den jeweiligen regionalen Kontext (sechste Dimension) als „Spielraum“ des Interessensausgleichs und der Konfliktlösung einzubeziehen. Diese Steuerungsfunktion selbst bildet eine siebente , nämlich die institutionelle Dimension der Nachhaltigkeit.

Die institutionelle Dimension steuert (z.B. in Form einer professionellen, neutralen Moderations- / Beratungsfirma) die Abwägungsprozesse und Verhandlungsspielregeln im Rahmen der sechs Dimensionen zwischen den Akteuren (einerseits z.B. Eigner, Investoren: *„Shareholder“*; andererseits weitere Interessenvertreter wie lokal Betroffene, Interessensverbände der Wirtschaft, Arbeitnehmer, der Natur, verschiedene Ethnien, Interessen der Frauen, der Alten usw.: der *„Stakeholder“)* (vgl. Abb. 2).

Welche Prozessmerkmale zeichnen nun also eine institutionalisierte nachhaltige Planung aus? Sie sollten

- **zukunftsorientiert** sein: Planung muss so gestaltet sein, dass sie kurz-, mittel- und langfristige Interessen vereinbart. Neben heutigen sind dabei auch die (noch unbekannten) Bedürfnisse zukünftiger Generationen in Form von Handlungsfreiräumen und/oder ökologisch vertretbaren Abriss- / Umbaupotenzial zu berücksichtigen. Die Handlungsspielräume künftiger Planer und Bürger müssen in der gegenwärtigen Planung mitverantwortet werden.

- **offen und lernfähig** sein: Planung ist ein fortwährender Verhandlungs- und Entscheidungsprozess in einem dynamischen Umfeld. Veränderung ist Bestandteil der Planung: Rahmenbedingungen ändern sich, neue Akteure kommen hinzu, Ziele werden umformuliert, Wertepositionen, z.B. auch die der Nachhaltigkeit, unterliegen ständigen Wandlungsprozessen. Die hier geforderten Institutionen sollen den Akteuren ermöglichen, ihre Fähigkeit zum Management von nachhaltiger Planung zu verbessern. Daher müssen sie ergebnisoffen, lernfähig und prozessorientiert sein.

- **Verhandlungsräume eröffnen und Verbindlichkeit herstellen**: die Eröffnung von Möglichkeitsräumen gibt allen Beteiligten Spielräume für Kompromisse und Anpassungen in der Planung, wobei ihr Aushandlungs- und kritisches Akzeptanzvermögen gefragt sind. Sie münden letztendlich in materielle Verhandlungsräume, z.B. Bürgerforen, Planungszellen etc., in denen die Beteiligten tendenziell gleichberechtigt und hierarchiearm verhandeln. Die angewendeten Verfahren und Ergebnisse müssen kompatibel mit dem konventionellen Planungsrecht sein und Verbindlichkeit in der Planung herstellen können.

- **partizipativ** sein: Bürger verfügen über lokales Wissen, das Planung nutzerorientierter macht und angepasste Lösungen ermöglicht. Durch aktive Beteiligung finden Bürger sich in der Planung wieder, identifizieren sich mit den Zielen, akzeptieren die Ergebnisse. Partizipation erhöht die Vielfalt an Wahrnehmungs-, Informationsverarbeitungs- und Problemlösungskompetenz und schafft Transparenz über Verfahren und Entscheidungsgrundlagen für alle Beteiligten. Sie ermöglicht engagierte Mitverantwortung. Die Teilhabe am Lokalgeschehen festigt die „symbolische Ortsgebundenheit“.

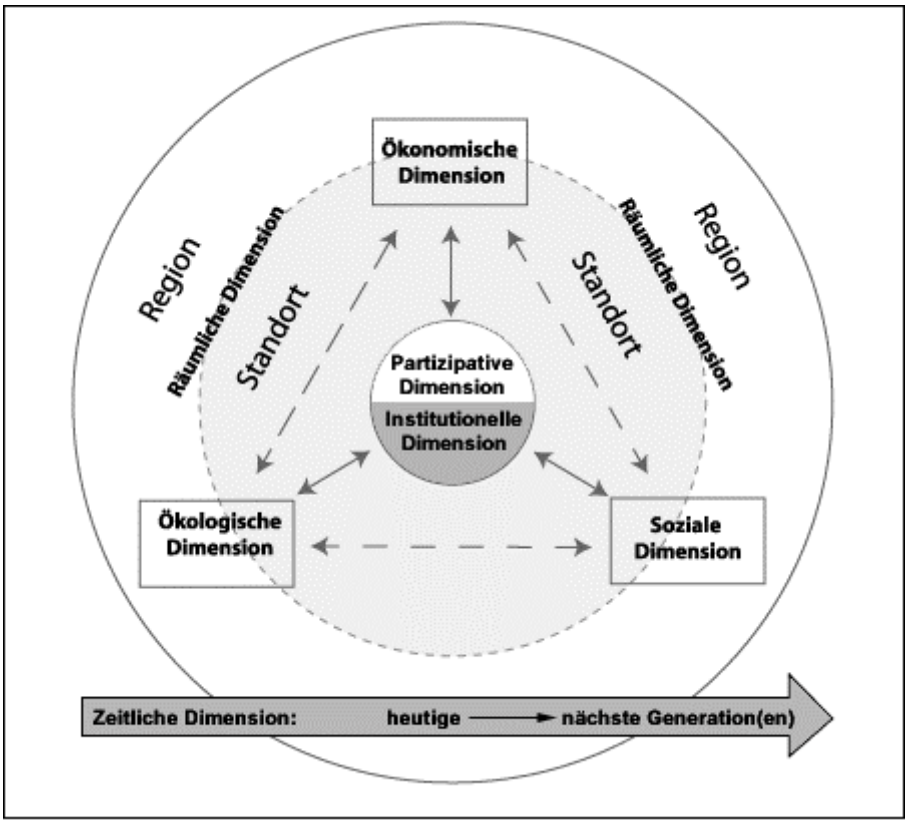
  Im Zuge beidseitiger Lernprozesse erwerben Bürger (Mit-)Gestaltungskompetenzen und Planer Einsichten in die lokale Lebenswelten, was zu effizienterer Planung führt und Selbsthilfe-Kapazitäten stärkt (*empowerment*). Parallel zur langfristigen Stärkung lokaler Institutionen werden übergeordnete Institutionen entlastet (Subsidiarität). Die ehemals ‚Beplanten’ werden zu Akteuren im kommunalen Planungsprozess. Durch stärkere Kooperation wird Widerstand gegen Planung minimiert und teure Fehlplanung vermieden. Partizipation bedeutet hier auch, für ein ausgewogenes Verhältnis von Rechten und Pflichten zu sorgen, d.h. Forderungen der Bürger mit Verantwortungsübernahme zu koppeln. Dadurch werden Gemeinschaftssinn (soziale Kohäsion, neue Partnerschaften) und *Ownership* gefördert. Können die Bürger Planung nachvollziehen und kontrollieren, auch die Einhaltung von Gesetzen, so wird das Vertrauen in staatliche Institutionen gestärkt und die Legitimation administrativen und planerischen Handelns erhöht.

- **Spielräume / Kompensation in Raum und Zeit** eröffnen: Die regionale Ebene muss als angemessener Handlungs(spiel-)raum etabliert werden: Das gilt nicht nur wegen der Fernwirkung vieler Aktionen (Suburbanisierung: Mobilität zwischen Wohn-, Arbeits-, Bildungs-, Versorgungs- und Freizeitstätten; (Ab-)Wasser- und Energiewirtschaft, Luft-, Wasserverunreinigung,...). Dieser „Spielraum“ wird auch als „Manöverierraum benötigt, um Interessen, die an einem Standort in aller Regel nicht gleichzeitig und gleichberechtigt berücksichtigt werden können, zum Zuge kommen zu lassen. Ein denkbarer Konflikt wäre, dass eine aus Nachhaltigkeitssicht suboptimale Lösung (z.B. Arbeitsplatzschaffung auf

Kosten ökologisch wertvoller Flächen) priorisiert wird. Der gesamtregional erforderliche ökologische Qualitätserhalt oder Zugewinn müsste an anderen Standorten der Region realisiert werden – was nur durch entsprechende Institutionen gewährleistet werden kann.

Ähnliches gilt für die Zeit als (Ver-)Handlungsspieltraum: Bei Engpässen (finanzieller Art oder noch unzureichender Nachfrage) können erforderliche Projekte aufgeschoben werden und die dafür vorgesehene Flächen einer Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden.

Abb. 2: Sieben Dimensionen der Nachhaltigkeit

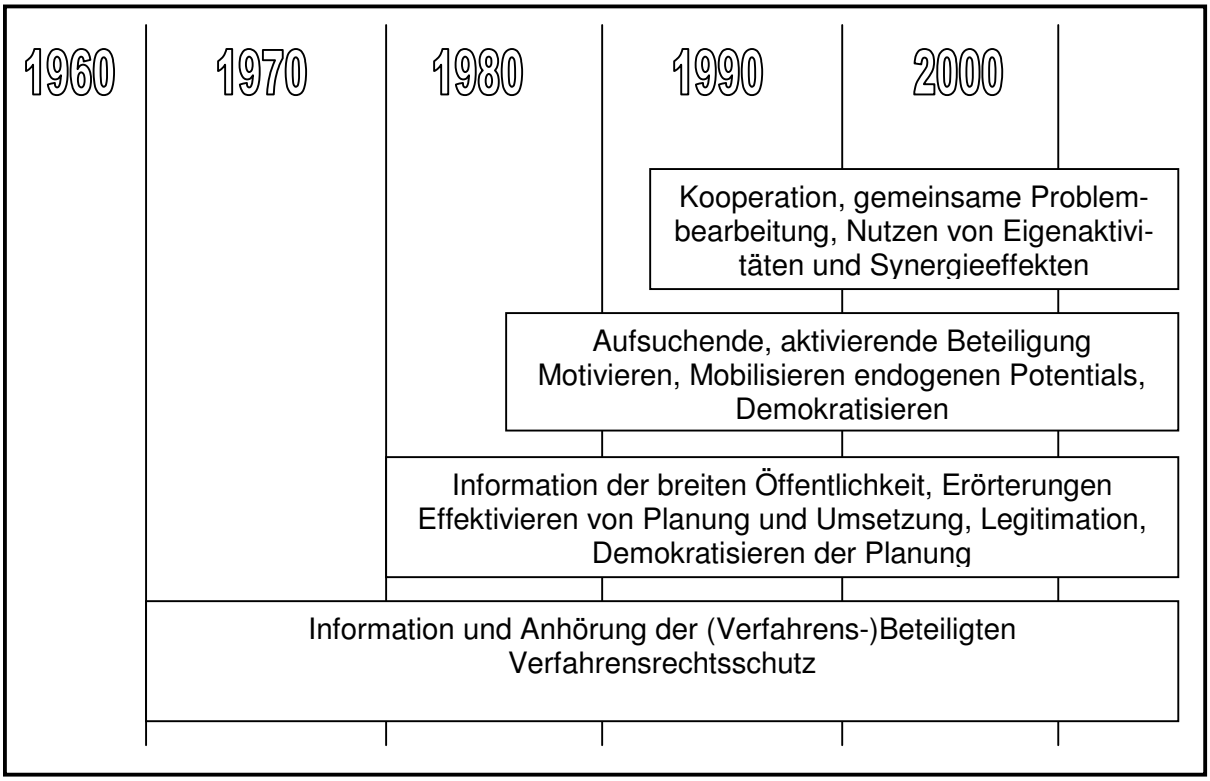


So gestaltete Institutionen erfüllen die folgenden Funktionen:

- Sie sind Statthalter der Zukunft, d.h. sie erfüllen Aufgaben, die ein einzelnes Projektteam überfordert bzw. dessen Aufgabenbereich - z.B. in zeitlicher Hinsicht - übersteigt.
- Sie sind erforderlich, um einen zeit- und/oder standortübergreifenden Interessens-, d. h. Nutzflächenausgleich zu koordinieren.
- Eine weitere Aufgabe besteht in der Organisation von Strukturen und Prozessen des Netzwerkens, um z.B. die Fragen zu klären, wer beteiligt wird und wie Entscheidungen zustande kommen.

Planungsinstitutionen mit diesen Merkmalen schaffen sich selbstorganisierende, selbsttragende, legitimierte, akzeptierte und dauerhafte Strukturen (vgl. Selle 1996: 68). Die Entwicklung hin zu einem solchen partizipativen Planungsverständnis und dessen Umsetzung erfolgt schrittweise im Sinne von Stufen (Ergänzung des jeweils aktuellen Verständnisses), und nicht in Phasen (Ablösung des jeweils vorhergehenden Verständnisses) (vgl. Abb. 3).

Abb. 3: Die Entwicklung des Beteiligungsverständnisses als Folge von Schichten oder Stufen dargestellt



Quelle: Selle 1996: 69

Beispiele für suboptimale Enntwicklungen in Folge fehlender Bürgerbeteiligung gibt es viele. Auch unter den stark beachteten Projekten der Internationalen Bauausstellung Emscher Park im Ruhrgebiet lassen sich solche finden. So wurde die Fortbildungsakademie des Innenministeriums NRW „Mont Cenis“ in Herne-Sodingen rein expertokratisch geplant. Im August 1999 wurde auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Mont-Cenis das Bauwerk eröffnet, das weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt ist. Unter einer architektonisch und funktional zukunftsweisenden Glashülle - 180 Meter lang, 75 Meter breit und 15 Meter hoch mit einem der weltgrößten Solardächern – wurden Hotelbereich, Fortbildungsräume, Restauration, Bibliothek und Stadtteilbüro gebaut. Es entstand ein Leuchtturm weltweiter, baulich nachhaltiger Innovationen. Aus städtebaulicher Sicht blieb dieser aber ein Fremdkörper, eine „Oase in der Wüste.“ Die Lokalbevölkerung verweigert sich weitgehend Mont Cenis – weil ihre Bedürfnisse nie abgefragt und nicht beachtet wurden. Abends und an Wochenenden ist dieser, eigentlich als neuer Lebensmittelpunkt des Stadtteils geplante Komplex inzwischen bis auf Ausnahmen geschlossen.

Von der städtebaulichen Praxis kaum und nur zögerlich beachtet hat sich in der Wissenschaft, aber auch in der Entwicklungszusammenarbeit, das Strategiefeld, Dezentralisierung, Regionalisierung, Nachhaltigkeit, Partizipation’ fest etabliert. „*In der Politikwissenschaft wird seit längerem eine Veränderung der staatlichen Politik von der hoheitlichen Intervention eines homogen und autonom gedachten Staates hin zum ‚kooperativen Staat’ konstatiert. Dieser kooperative Staat ist gekennzeichnet durch Dezentralisierung, Regionalisierung und eine reduzierte Fertigungstiefe staatlicher Leistungserbringung. Die Politikadressaten werden über Verhandlungssysteme und Politiknetzwerke unmittelbar in die Formulierung staatlicher Politiken einbezogen*“ (Siebel et al. 1999: 164).

Ein Formwandel staatlicher Machtausübung hat bereits stattgefunden; die Bandbreite der Regelungsformen, die nebeneinander existieren, hat sich verbreitert (Mayntz 1997: 283 ff). Ansätze hierzu sind auch im Ruhrgebiet erkennbar, so etwa in der Umwandlung des Kommunalverbandes in eine Regionalverband mit erweiterten (Planungs-)Aufgaben, aber auch in der Tatsache, dass das Kompetenzfeld „Lokale Ökonomie“ - sehr stark dem sozialen Nachhaltigkeitsgedanken verpflichtet - im strukturpolitische Handlungsprogramm des Kommunalverbandes Ruhrgebiet eine wesentliche Rolle spielen soll (vgl. KVR 2002).

(...)

Literatur

Adam, B. (1998): Der Wettbewerb „Regionen der Zukunft. Regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung. In: Werkstatt: Praxis, 7/98, Wettbewerbszeitung Nr.1. (Hrsg.: BBR; Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung. Bonn: BBR.)

Chambers, R. (1996): Participatory Learning Approaches and ZOPP – remarks to the GTZ Workshop “ZOPP marries PRA?” Eschborn.

Habermas, J. (1985): Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt.

Häußermann, H. und W. Siebel (1987) : Neue Urbanität. Frankfurt.

Klemmer, P. (2001): Steht das Ruhrgebiet vor einer demographischen Herausforderung? Essen: Rheinisch Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (=Schriften und Materialien zur Regionalforschung). Essen.

Krätke, S. (1995): Stadt – Raum – Ökonomie. Basel, Boston, Berlin.

Kuby, T. (1994): Planen und Lernen – eine Gegenüberstellung.

KVR / Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.) (2002): Perspektive Ruhr. Ein strukturpolitisches Handlungsprogramm für das Ruhrgebiet. Essen: KVR

Loeffelholz, H. D. und H. Rappen (2002): Bevölkerungsentwicklung und Kommunalfinanzen im Ruhrgebiet - Ein Problemaufriss. Essen.

Selle, K. (1996): Planung und Kommunikation – Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Wiesbaden & Berlin.

Sieverts, T. (1998): Gute Zeiten für eine zeitgemäße Urbanität, In: Kommunalverband Ruhrgebiet (1998) (Hg.): Jahrbuch Ruhrgebiet / Standorte 1997 / 98. S. 19 - 28.

Kontakt:

Prof. Dr. B. Butzin <Bernhard.Butzin@ruhr-uni-bochum.de>

Dipl.-Geogr. Martin Franz <Martin.Franz@ruhr-uni-bochum.de>

Dr. Claus Kogelheide <Claus.Kogelheide@ruhr-uni-bochum.de>

Institut für Geographie, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum